



Positionspapier
**Zuwanderung
und Integration**
Kurzfassung

KATHOLISCHE
FRAUENGEMEINSCHAFT
DEUTSCHLANDS



*leidenschaftlich
glauben und leben*



Vorwort

Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) beschäftigt sich bereits seit ihrem Schwerpunktthema „Fremdes achten – Frieden suchen“ (2004-2008) mit Fragen der Migration und Integration. 2007 hat die kfd dazu eine umfangreiche Positionierung beschlossen. Seit 2008 bildet der Verband auf Bundesebene zudem Kulturmittlerinnen aus. Die kfd ermutigt und unterstützt Frauen auf allen Ebenen des Verbandes den Dialog und Austausch mit zugewanderten Frauen und Frauen anderer Religionen zu suchen. Aus aktuellem Anlass legen wir die Thesen zur Zuwanderungsthematik und die Selbstverpflichtungen aus dem 2007 verabschiedeten Positionspapier Zuwanderung und Integration in komprimierter Form noch einmal vor.

Zwölf Thesen zu Zuwanderung und Integration

Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) bestimmt ihren Standort in der Debatte um Zuwanderung und Integration mit folgenden Thesen:

- Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Einzelne und Gruppierungen sind gefordert, hierzu ihren Beitrag zu leisten. Der Staat muss Rahmenbedingungen schaffen, die Integration fördern. Integrationspolitik muss aktiv gestaltet werden. Dies geschieht maßgeblich durch Gesetze, Erlasse und Ausführungsbestimmungen, die sich an humanitären Maßstäben orientieren und in Anlage, Auslegung und Durchführung geschlechtergerecht sein müssen.
- Deutschland muss zusätzliche legale transparente gegebenenfalls befristete Zuwanderungsmöglichkeiten für einreisewillige Menschen eröffnen. Dabei darf sich die Einwanderung nicht nur an männlich dominierten Berufsfeldern im technischen und wissenschaftlichen Bereich orientieren, sondern muss zusätzlich legale Möglichkeiten für andere Berufsfelder, zum Beispiel im Dienstleistungsbereich, berücksichtigen. Damit würden für Frauen, die in diesen Bereichen arbeiten, Wege geöffnet, nach Deutschland einzuwandern. Diese Öffnung ist notwendig, da die aktuelle Migrationspolitik Deutschlands und ganz Europas, die vor allem das Ziel der Verhinderung von Migration hat, nicht erfolgreich ist. Folge ist vielmehr die Zunahme irregulärer Einwanderung von Menschen, die als billige Arbeitskräfte in besonderer Weise ausbeutbar sind. Denn obwohl hier ein großer Arbeitsmarkt für Migrantinnen im Dienstleistungsbereich faktisch besteht, gibt es quasi keine eigenständigen legalen Zuwanderungsmöglichkeiten für Frauen. Eine gerechte Ausgestaltung von Regelungen zu befristeten Zuwanderungsmöglichkeiten ist unabdingbar.



- Die Menschenrechte müssen geachtet werden. Oftmals werden unter Bezug auf kulturelle Gewohnheiten Rechte von Frauen verletzt. Unabhängig von der Kultur sind die Rechte von Frauen international durch verschiedene Menschenrechtsabkommen und Frauenrechtskonventionen festgeschrieben und in Deutschland im Grundgesetz verankert. Diese Rechte müssen von der ganzen Bevölkerung geachtet werden.
- In der Migrationspolitik müssen geschlechtsspezifische Aspekte besondere Berücksichtigung finden. Frauen sind als Arbeitsmigrantinnen, als Ehefrauen und in der Verantwortung für die Erziehung der Kinder anzusprechen, denn sie sind in der Bewältigung des Alltags, in Erziehung und im Kontakt mit Schule Schlüsselpersonen für die Integration. Die Forderung, dass Kinder und Jugendliche bessere Sprachkenntnisse aufweisen sollten, hängt eng mit der Sprachförderung ihrer Mütter zusammen. Es muss darauf geachtet werden, dass frauenspezifische Beratungs-, Bildungs- und Förderungsangebote Frauen mit Migrationshintergrund sicher erreichen. Die Familienbildung, die heute schon Konzepte und Angebote für die niedrigschwellige Bildungsarbeit mit Migrantinnen entwickelt, muss entsprechend gefördert werden. Migrantinnen müssen besser über ihre Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge und -versorgung aufgeklärt werden. Ebenso muss medizinisches Personal im Umgang mit kulturellen Gewohnheiten von Migrantinnen geschult werden.¹
- Integration setzt voraus, dass Einheimische und Zugewanderte sich ihrer eigenen kulturellen Wurzeln bewusst sind. Deshalb ist es notwendig, dass sie die Fähigkeiten entwickeln, die eigene und eine andere Kultur zu verstehen.

¹ Vgl. Positionspapier der kfd „Frauengerechte Gesundheitsversorgung“, 2005/2010.

- Vorschulische, schulische und außerschulische Bildungsarbeit für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen muss dem Erwerb interkultureller Kompetenzen dienen. Das sind Sprachen, Wissen über die eigene und andere Kulturen und Werte sowie Fähigkeiten, sich mit anderen Kulturen respektvoll auseinanderzusetzen und sich in ihnen zu bewegen. Auch deutsche Jugendliche und Erwachsene müssen wieder mehr über ihre eigene kulturelle Identität lernen, um in Auseinandersetzung mit fremden Kulturen bestehen zu können. Wesentlich gehört dazu das Wissen um das Christentum.
- Zweisprachigkeit ist als Chance zu begreifen. Kinder mit Migrationshintergrund müssen die Möglichkeit erhalten, ihre Muttersprache neben der deutschen Sprache in verschiedenen Lernräumen (Schule, Kulturverein...) zu erlernen.
- Klischees, die den Prozess der Integration behindern, sind abzubauen. Fremde Symbole und Gepflogenheiten werden oft vorschnell zu einer Abwertung der anderen Kultur genutzt. Eine differenzierte Darstellung der Lebenswelt von Migrantinnen trägt zum Abbau von Vorurteilen bei. Medien tragen hier eine besondere Verantwortung.
- Im deutschen Bildungssystem muss der Ausbildung und Bildung von Mädchen mit Migrationshintergrund besondere Aufmerksamkeit zukommen. Sie sind zu stärken und ihre Ausbildungschancen sind zu erhöhen, damit sie so zu einem selbstbestimmten und freien Leben ermächtigt werden. Hierzu ist es unabdingbar, dass Eltern von der Notwendigkeit einer guten Bildung und Ausbildung überzeugt werden. Auch Jungen mit Migrationshintergrund bedürfen der Förderung, damit sie eine Perspektive auf dem Ausbildungsmarkt haben. ArbeitgeberInnen sind gefordert, damit MigrantInnen eine echte Chance am Arbeitsmarkt haben. Die überproportional hohe Arbeitslosigkeit von MigrantInnen verschärft soziale Spannungen oder bestehende Probleme.
- Chancengerechtigkeit ist die Voraussetzung für Integration. Dies gilt sowohl im Bildungswesen wie auf dem Arbeitsmarkt als auch in der Mitgestaltung des öffentlichen Lebens. Im Heimatland erworbene Ausbildungsabschlüsse und berufliche Qualifikationen sollten nach Möglichkeit anerkannt werden. Nur wer wirklich die Chance zur Teilhabe an dieser Gesellschaft hat, kann sich erfolgreich integrieren. Hierzu gehört auch, eine Debatte um das aktive und passive Wahlrecht für MigrantInnen auf kommunaler Ebene zu führen.
- Interreligiöser Dialog ist unverzichtbar für das Zusammenleben der Menschen aus unterschiedlichen Kulturen. Grundlage sind die gegenseitige Achtung und Toleranz. Zum interreligiösen Dialog gehört, sich der Werte und christlichen Traditionen bewusst zu sein. Fundamentalismus jeglicher Art zerstört den Dialog und verhindert letztlich das gelingende Zusammenleben.
- Die Ausübung von Religionen darf nicht behindert werden. Religionsgemeinschaften brauchen innerhalb der vom Grundgesetz benannten Grenzen



Freiräume, um damit Überzeugungen zu leben; aber auch Orte, um Riten zu praktizieren (zum Beispiel Synagogen, Moscheen, Kirchen, Gebetsräume, Friedhöfe). Dieses gebieten die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit aller Menschen und der gegenseitige Respekt vor den anderen Religionen. Islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache, erteilt von fachlich ausgebildeten PädagogInnen, sollte Regelangebot für muslimische SchülerInnen an staatlich anerkannten Schulen werden. Damit wird das im Grundgesetz verbrieftete Recht auf Religionsunterricht erfüllt.

Selbstverpflichtung

Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) verpflichtet sich, Fremden und zugewanderten MitbürgerInnen gastfreundlich zu begegnen, eine „Kultur der Aufnahme“ zu praktizieren und so ihren Beitrag zur Integration zu leisten. Gerade die Begegnung von Frauen untereinander und der Dialog miteinander eröffnen Chancen der Verständigung. Diese mitmenschliche Ebene ist eine Stärke der kfd.

- Die Mitglieder der kfd setzen sich kritisch mit der Debatte um Zuwanderung und MigrantInnen auseinander und treten Vorurteilen entschieden entgegen. Sie beobachten die Berichterstattung in den Medien und hinterfragen sie kritisch. Sie setzen deutliche Zeichen für Offenheit gegenüber Fremden.
- Insbesondere lädt die kfd Christinnen aus aller Welt in ihre Gemeinschaft ein und sucht nach Wegen, sie mit Angeboten und Aktivitäten auf allen Ebenen des Verbandes anzusprechen und als Mitglieder zu werben.
- Die kfd setzt sich für den interreligiösen Dialog mit Frauen anderen Glaubens ein. Sie initiiert interreligiöse Begegnungen und stellt Arbeitsmaterialien



zur Verfügung, die die Verständigung untereinander erleichtern. Die kfd unterstützt gemeinsam mit den Kirchen die Interkulturelle Woche/die Woche der ausländischen MitbürgerInnen und vergleichbare Aktionen. Ein wichtiger Teil des interreligiösen Dialogs ist das gemeinsame multireligiöse Gebet, das inzwischen von vielen kfd-Gruppen regelmäßig praktiziert wird.

- Die kfd fördert das interkulturelle Lernen, indem sie das Bewusstsein für die Wurzeln des christlichen Glaubens und der eigenen Traditionen fördert. Aus dieser Perspektive der eigenen Vergewisserung öffnet sie sich dem Dialog mit anderen Religionen und Kulturen, um Gemeinsamkeiten zu suchen und Unterschiede aushalten zu können.

- Die kfd nimmt die Lebenssituation von Arbeitsmigrantinnen in Privathaushalten wahr. Sie schärft die Aufmerksamkeit für die Standards der in privaten Haushalten arbeitenden Erwerbstätigen wie gerechte Entlohnung, Sozialversicherung, geregelte Arbeitszeiten, Anspruch auf Freistellung, Urlaub et cetera. Andererseits engagiert sie sich für neue, innovative Formen der lokalen Netzwerke und haushaltsnahe Dienstleistungen, zum Beispiel Infrastruktur für Pflege, Kinderbetreuung.
- Die kfd setzt sich für alle von Gewalt und Ausbeutung betroffenen Migrantinnen ein:
 - Sie unterstützt die Fachberatungsstellen für Opfer von Frauenhandel.
 - Sie setzt sich für die Einhaltung der Menschenrechte und der Würde der Person für von Abschiebung bedrohter und betroffener Frauen und Kinder ein.
 - Sie wirkt an der Unterstützung von Frauen und Familien mit, die aufgrund von Duldungen keine gesicherte Lebensperspektive entwickeln können.
 - Sie setzt sich für Menschen ohne Aufenthaltsstatus ein, dass sie angemessen medizinisch versorgt werden.
- Die kfd unterstützt die BAG Familienbildungsstätten bei der Entwicklung von speziellen Bildungsangeboten für MigrantInnen.

Zur Weiterarbeit an dem Thema empfehlen wir:

- Das vollständige Positionspapier **„Zuwanderung und Integration“** unter www.kfd.de
- Dokumentation des Projektes der kfd **„Grenzen überschreiten – gemeinsam lernen – Integration gestalten“** Fortbildung zur Kulturmittlerin – ein Modellprojekt der kfd

Bezugsquelle:

Tel. 0211/44992-86 (Frau Schnorbus)

Fax 0211/44992-52

E-Mail: shop@kfd.de

Impressum

Positionspapier/Kurzfassung
Zuwanderung und Integration

Herausgeberin:

Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd)

Bundesverband e.V.

Prinz-Georg-Straße 44

40477 Düsseldorf

Tel. 0211/44992-0

Fax 0211/44992-78

E-Mail: info@kfd.de

www.kfd.de

Text: kfd-Bundesversammlung 2007

Fotos:

Thomas Götz, Julia Holtkötter,

Ulrike Riedlberger,

©iStockphoto.com, Mauritius Images

Gestaltung: dyadesign, Düsseldorf

Druck: Albersdruck GmbH & Co KG,
Leichlinger Straße 11, 40591 Düsseldorf

1. Auflage: April 2015



**KATHOLISCHE
FRAUENGEMEINSCHAFT
DEUTSCHLANDS**

*leidenschaftlich
glauben und leben*